

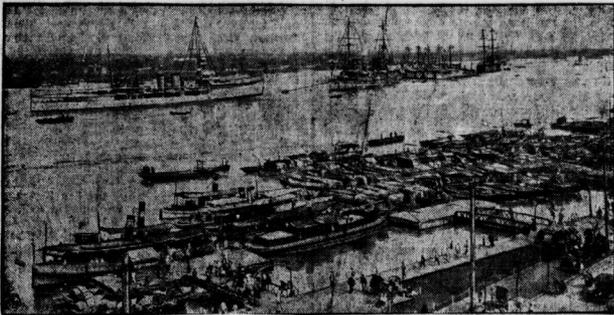
Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Musik, Religion, Kinderfreund“ sowie „Volk u. Welt“ immerhin eingehenden Manuskripten ist stets das Redaktionsteil willkommen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. — Schriftleitung: Hans 42/44, Postfach 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 667 Berlin. Musikunterhaltung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Postungsgeld; für Abnehmer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten ausgehelt 2,40 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pf im Anzeigen- und 80 Pf im Reichsanzeiger. — Druckerei: „Saxonia“ in Halle. Postfach 42/44, Fernruf 24 668. — Zweiteilung: Dr. Ulrichstraße 27 — Postfachkonto 20319 Erfurt

Noch Hankou - Schanghai Vor neuen Unruhen.



Die ostasiatische Kaufmannsbewegung in China hat sich nun auch auf Schanghai ausgebreitet. Die Verhältnisse der nationalen und sozialen Probleme hat zu großen Streitigkeiten geführt, durch die vor allem die englischen Unternehmungen getroffen wurden. Am nächsten Morgen kam es zu Unruhen, so daß das Fremdenviertel von Schanghai mit Stacheldraht gegen die Straße verbarrikadiert wurde. Im Hafen von Schanghai sind eine große Anzahl englischer, amerikanischer und französischer Frachtschiffe verankert. Am Morgen der Unruhen ist Schanghai mit einem Teil der Bevölkerung zum Schutze der Fremden.

Was wollen wir?

Der Sozialdemokratische PresseDienst schreibt: Die einbringliche, aber berechtigte Kritik, die die Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit an der Reichswehr geübt hat, ist von den Reichsparteien als Beweis angeführt worden, daß es unmöglich sei, mit der Sozialdemokratie eine verantwortungsbewußte Reichsregierung zu bilden. Ein Vorwand, vielleicht aber auch mehr als ein Vorwand. Dahinter steckt bei der äußersten Rechten der Wunsch, die Reichswehr noch mehr als bisher zum Geiseln im Stoen zu gestalten, ihr nicht nur militärische, sondern auch bedeutungsvolle innenpolitische Funktionen aufzuerlegen, sie in noch stärkerer Maße als bisher zum Gegengewicht gegen die Republik und die demokratische Verfassung zu machen.

Die Kritik der Sozialdemokratie hat zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, die reaktionären und verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu bilden. Jede Regierung, in der sie Einfluß hat aber auf die sie maßgebenden Einfluß ausüben kann, muß reformierend gegen alle Auswüchse am Körper der Reichswehr vorgehen, die reaktionären Bestrebungen förderlich sind. Der Kampf, den die Sozialdemokraten unter dem Schlagwort: „Rettet die Reichswehr!“ gegen den Eintritt der Sozialdemokratie in eine Reichsregierung führen, ist deshalb in der Reichswehr selbst gegen die reaktionären Bestrebungen im Reichstag zu führen und im Reichstag zu beschließen und die tatsächliche Verfassung Deutschlands entscheidend zu verändern.

Daher der Wunsch, die Sozialdemokratie zu isolieren, daher das laute Geschrei und die gemachte Entzweiung über die Neue Schiedemanns, daher der Ruf: Landesrat! Landesrat! Man merkt die Absicht. Das Wort von den vaterlandlosen Wesen steht dahinter. Schon wagt es in schiefer behüllter Form sich wieder hervor. Die stärkste Partei, die Partei des arbeitenden Volkes, soll von der kaiserlichen Gleichberechtigung ausgeschlossen werden. In frecher Anmaßung soll es nach dem Willen der Sozialdemokraten in Zukunft wieder heißen: „Deutschland, das sind die bürgerlichen Parteien.“

Gegenüber dieser zweideutigen Sache der Rechten gegen die Sozialdemokratie, die auch der Reichspartei Vorwand liefern soll, muß in aller Schärfe die Stellung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Reichswehr präzisiert werden. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, einen Kampf gegen die Reichswehr als Institution zu führen. Sie will die Reichswehr nicht zerstören. Ihre parteipolitischen Kumburden, nach zuletzt der Beschluß ihres Parteivorstandes, zeigen deutlich, was sie will. Es handelt sich darum, daß jene Auswüchse beseitigt werden müssen, die die durch die Verfassung festgelegte Gestalt der Reichswehr verzerrt haben, die die Reichswehr ihren wirklichen Aufgaben entziehen und die aus ihr etwas anderes machen wollen als das, was sie sein soll und darf, als einen Instrument des Staates einen Staat im Staat gegen den Staat.

In diesem Grunde sind vor allem auf drei Gebieten Reformmaßnahmen notwendig. Es müssen die Verbindungen, die zwischen verfassungsfeindlichen Reichswehrgliedern und der Reichswehr hin und her gegangen sind und deren Rechte jetzt noch bestehen, zerkleinert und beseitigt werden. Es muß jener Geist des heimlichen Verhörens beseitigt werden, den diese Verbindungen in die Reichswehr getragen haben, jener Geist, der mit heimlichen Mitteln spielt und heimliche Verhandlungen führt.

Ständig muß außerdem der Ehrfurcht vor Offizieren und Mannschaften der Reichswehr so geregelt werden, daß Neueinstellungen nicht mehr wie bisher ausschließlich aus jenen Kreisen erfolgen, die dem heutigen Staat und der Staatsform feindselig und gleichgültig gegenüberstehen. Das Herz der Republik muß nun regelmäßig gegenüberstehen. Das Herz der Republik muß die Leitung der Reichswehr selbst erfüllen. Es muß ein offenes und offenes Finanzwirtschaftsamt geschaffen werden. Die Reichswehr ist eine Reichseinrichtung. Ihre Verwaltung ist dem Parlament schuldig, daß sie sich auf das strengste an die allgemeinen Gesetze und vor allem an den Etat hält. Sie hat dem Parlament strenge Rechenschaft zu legen. Wenn diese einfachen und selbstverständlichen Forderungen bei den Reichsparteien und zum Teil in der Reichswehr selbst als eine grundverletzende Reform am Kopf und Gliedern empfunden werden, so zeigt das nur, wie sehr die Reichswehr unter solcher Führung den Rahmen überschritten hat, der ihr durch Gesetzgebung und Verfassung gegeben ist. Die Reformen, die die Sozialdemokratie anstrebt, liegen im Interesse der Reichswehr selbst. Sie sind Staatsnotwendigkeiten. Dies ist es, was wurde ausdrücklich anerkannt durch die programmatische Erklärung, die der Reichsanwalt Marx im Plenum des Reichstages im Namen der gesamten Regierung, also auch der sozialparteilichen Minister, vor seinem Sturz abgegeben hat. Ueber die Notwendigkeit dieser Reform wie über ihr allgemeines Wesen bestand also Übereinstimmung zwischen der Regierung Marx und der Sozialdemokratie.

Wer diese Reformforderungen zum Vorwand nimmt, um die Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie zu beseitigen — eine Anmaßung gegenüber der stärksten Partei des Reiches — der verdirbt hinter dem Vorwand nicht nur verfassungsgegenwärtige Tendenzen, sondern erklärt sich prinzipiell gegen die politischen Maßnahmen der Mittelparteien in der wichtigsten staatspolitischen Frage dieser Zeit.

Reform der Reichswehr, nicht Verfallung der Reichswehr, Durchführung der Reichswehr in die durch Gesetz und Verfassung

Marx beauftragt.

Amlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident empfing am Sonnabendmorgen den geschäftsführenden Reichsanwalt Dr. Marx und erteilte ihm den Auftrag, auf Grund des Beschlusses der Zentrumsfraktion vom Freitag durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die parlamentarische Lage und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung weiter zu klären. Reichsanwalt Dr. Marx bezieht sich seine Entscheidung vor.

Der Vorbehalt des Reichsanwaltes ist sein formeller Natur, Dr. Marx wird den Auftrag gewissenlos annehmen und dann heute Montag, mit den Verhandlungen über die Neubildung der Regierung beginnen. Am Sonntag um 12 1/2 Uhr hat sich der Fraktionsvorstand des Zentrums nochmals mit der „neuen Lage“ befaßt. Der Auftrag des Reichspräsidenten an den Reichsanwalt Dr. Marx enthält im Gegensatz zu dem Auftrag an Curtius keine bestimmte Bindung. Wahrscheinlich ist das darauf zurückzuführen, daß schon die Kandidatur Marx gewisse Bindungen nach links in sich schließt, andererseits aber Ernst Reuter noch am Sonnabend dem Reichspräsidenten erklärt haben soll, daß für seine Fraktion die Unterstützung einer Minderheitsregierung absolut nicht in Frage kommt.

Der gegenwärtige Reichsanwalt hat wie einen Döhl daraus gemacht, daß er die Führung in einem Weltbürgerkrieg niemals zu übernehmen gedenkt. Er dürfte auch jetzt wieder dieser Auffassung entsprechend handeln und die Bildung einer Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie herbeiführen befehlen.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei wird sich heute Montag, mit der politischen Lage befassen. Die Gesamtfraktion tritt am Mittwoch zusammen. Eine Erneuerung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dürfte vor diesem Termin ebenfalls kaum in Frage kommen.

Marx bei der Arbeit.

Fortsetzung völsparteilicher Verhandlungspolitik?

Berlin, 17. Januar. (Radioteleung.) Der Reichsanwalt Dr. Marx hat den ihm am Sonnabend von dem Reichspräsidenten erteilten Auftrag, die Möglichkeiten zur Bildung einer Regierung der Mitte zu sondieren, am Sonntag endgültig angenommen. Am heutigen Vormittag wird Dr. Marx zunächst mit den Vertretern der Volkspartei und dann mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei konferieren. Sein Ziel ist vorläufig, ein Kabinett mit festen Bindungen nach links zu bilden, ohne daß die Aussichten zu einem Erfolg seiner Mission sehr groß wären. Wie bisher legt die Volkspartei auch jetzt ihre Verträge anspolier fort, indem sie nach der Meinung des Zentrums, einen Selbstmordanschlag zu bilden, ein Kabinett ablehnt, wie es vom Zentrum gewünscht wird. Es bleibt zunächst abzuwarten, ob das Zentrum der völsparteilichen Reichstagsfraktion nach gibt und die Volkspartei so in ihrer Auffassung befestigt, daß es nur eines maßvollen Zentrums bedarf, um das Zentrum gefügig zu machen. Aber selbst wenn es der Volkspartei gelingen sollte sich für die deutschen nationalen Parteiführer in dem Sinne mit Erfolge zu betätigen, daß eine Regierung der Mitte unter Marx nicht zustande kommt, ist der Ausgang der gegenwärtigen Krise jätzer

vorauszusagen. Man spreche davon, daß dann Stegerwald eine Regierung mit Einfluß der Westpartei bilden würde. Wir wollen nicht spekulieren, aber wir glauben doch allen Grund zu der Annahme zu haben, daß Stegerwald schon mit Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften sich heute zu einem solchen Experiment nicht hergeben würde. Er selbst wenigstens hat im vertrauten Kreise immer und immer wieder betont, daß für ihn im Fall eines Auftrags zur Regierungsbildung nur eine Minderheitsregierung, und dann wiederum nur mit der Sozialdemokratie, in Frage komme.

Eine Kampffrede Stegerwalds. Gegen die Reaktion innerhalb und außerhalb seiner Partei.

Berlin, 17. Januar. (Radioteleung.) In Köln sprach am Sonntagmorgen in einer großen Kundgebung der Arbeiter-Zentrumsführer der ehemalige preußische Ministerpräsident Stegerwald über „Arbeiter-Zentrum und Politik“. Als Gäste waren in der Versammlung u. a. amtierend Minister Briffeler, Abg. Giesberts und andere prominente Zentrumsführer. Stegerwald wies zu Anfang seines Vortrags kurz auf die heutige Lage der deutschen Arbeiterbewegung hin und forderte zur Weiterführung des Emanzipationskampfes der Arbeiter auf. Das Verhältnis zum Reichstag habe sich kurz verändert. Die Gleichberechtigung der Arbeiterbewegung, die zwar verfassungsmäßig festgelegt ist, sei in der Praxis noch lange nicht vorhanden. Das habe u. a. auch der Fall des Kölner Regierungspräsidenten erwieien. Oberbürgermeister Menden und der Landeshauptmann Dörken hätten für den Regierungspräsidentenposten einen vorgeschlagenen Bewerber verlangt, sie haben aber — so führte Stegerwald aus — vergessen, daß wir nicht mehr in einem Neuantritt leben. 80 Jahre Lebensarbeit gelten schließlich auch so viel wie vier bis fünf Jahre unprobieretes Abenteurerleben. Wenn jeder Kommunalbeamte sich seinen Aufstiegsbeamten selbst wählen könnte, wie Oberbürgermeister Menden das jetzt habe, so gäbe das an Korruption. Die Zentrumspartei — so führte Stegerwald weiter aus — ist ohne starken Arbeiteranhang nichts, und das treffe für die Wahlen ganz besonders zu. Am besten Deutschlands bestanden sich 750 000 bis 900 000 Arbeiter zur Zentrumspartei. Ohne diese Tatsache wären heute noch keine katholischen Beamten in Regierungsstellen.

Am Verlauf seiner weiteren Ausführungen lehnte Stegerwald es für die christlichen Gewerkschaften ab, die als Schutzgarde für das Bürgertum gegen die Sozialdemokratie gebraucht zu werden. Was die Überüberhebung der christlichen Arbeiter in der Zentrumspartei angehe, so liege die in der Reichstagsfraktion vorhanden, aber im Grunde nichts nach. Die Arbeiter trete daher im Kampf unermüdet ein und bei kommenden Wahlen nicht nachgeben, einen festen aufstellten Widerstand zu leisten. Der Reizent kam auch auf die Regierungsbildung zu sprechen und wies darauf hin, daß man die Sozialdemokratie verantwortlich zur Regierung mit heranziehen müsse. Seit dem Tode Eberts habe die Sozialdemokratie eine Kundgebung zur Nation eingeleitet. Stegerwald warnte sich dann gegen die Deutsche Volkspartei, die er als das Reaktionärste bezeichnete, was in ganz Deutschland vorhanden sei. — In der Ansprache nahm auch der Abg. Giesberts und Minister Briffeler das Wort, wobei kurze Worte gegen die Politik der westdeutschen Zentrumsfraktionen fielen.

